

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 70 (1990)  
**Heft:** 9  
  
**Rubrik:** Blickpunkte

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Wende in der Neutralitätspolitik?

Unter dem Titel «Switzerland joins the world» sprach der Londoner «*Economist*» in seiner Ausgabe vom 11. August von einer kleinen Sensation, als der Beschluss des Bundesrats von den Sanktionen gegen Irak durch die Medien ging: Zum erstenmal ringe sich die Schweiz angesichts eines internationalen Konflikts zur Parteinahme durch, nachdem das Volk noch vor vier Jahren den Beitritt zur UNO abgelehnt habe; der Boykottentscheid sei sozusagen die Kumulation einer Öffnung der schweizerischen Igelstellung, wie sie sich etwa durch die Bewerbung um die Mitgliedschaft beim Währungsfonds oder durch das Engagement in Namibia, aber auch durch den Entscheid des Ständerats, eine EG-konforme Mehrwertsteuer einzuführen, in jüngster Zeit abgezeichnet habe. Den Grund zu dieser Wende sieht der «*Economist*» vor allem in den raschen Fortschritten der europäischen Integration und der entsprechend wachsenden Angst der Schweizer vor einer wirtschaftlichen Isolierung.

Ähnliche Töne waren teilweise auch in den schweizerischen Medien zu vernehmen. Der Basler Völkerrechtsprofessor Luzius Wildhaber zum Beispiel, erklärte in einem Zeitungsinterview, er könne sich nicht vorstellen, dass die EWR-Verhandlungen für den Bundesrat bei seinem Boykottbeschluss keine Rolle gespielt hätten. Und selbst Staatssekretär Jacobi, der oberste Beamte im Departement für auswärtige Angelegenheiten, wagte das Wort von der «Weichenstellung» — allerdings nicht ohne indirekten Rückpfeiff durch Bun-

desrat Felber, der seinerseits kurz danach von einem Entscheid sprach, welcher durchaus in der Kontinuität der schweizerischen Aussenpolitik liege.

In Tat und Wahrheit ist beides nicht falsch. Rein rechtlich gesehen, liegt im Falle Iraks keinerlei Bruch mit der Vergangenheit vor. Schon mit dem Beitritt zum Völkerbund ging die Schweiz die formelle Verpflichtung ein, wirtschaftliche Boykottmassnahmen der Weltorganisation mitzutragen. Vorbehalten blieb nur die Neutralität im Falle eines militärischen Konflikts von Drittstaaten. In der Praxis fiel dieses Zugeständnis allerdings kaum ins Gewicht, weil sich die Boykotte in der Zwischenkriegszeit alles andere denn häuften und weil die Konkretisierung weitgehend den Mitgliedstaaten überlassen blieb.

Warum dann aber seit dem Zweiten Weltkrieg zunächst die deutliche Zurückhaltung bei Boykotten und nun plötzlich der rasche Nachvollzug eines UNO-Beschlusses? Der Vorgang lässt sich auch ohne Seitenblick auf laufende Integrationsverhandlungen erklären. Der Völkerbund war eine *universale* Organisation; das bildete die entscheidende Voraussetzung für das Arrangement der Schweiz. Die Boykotte der Nachkriegszeit ihrerseits basierten selten auf wirklich universaler Grundlage. Von regionalen Organisationen getragene Beschlüsse wie die verschiedenen Embargos der EG aber erforderten neutralitätspolitisch eine andere Gewichtung. Und was den vielzitierten

Fall der Südafrikasanktionen der UNO betrifft, bedurfte die Schweiz zumindest im Bereich der Waffenlieferungen gar nicht erst eines supranationalen Marschbefehls, sondern war auf Grund der eigenen Kriegsmaterialgesetze schon im voraus tätig geworden.

Bei der Besetzung von Kuwait präsentierte sich das Problem nun in völlig neuer Dimension. Die Meinung der Weltöffentlichkeit war vom ersten Augenblick an von nie zuvor erlebter Einmütigkeit. Zum erstenmal seit dem Zweiten Weltkrieg wurde ein Regionalkonflikt nicht automatisch zum Exerzierfeld der Ost-West-Spannungen. Selbst im arabischen Raum war die Empörung über Irak, von wenigen opportunistischen Nuancierungen abgesehen, einhellig. Die UNO-Sanktion erschien so als geradezu unausweichliche Verurteilung eines üblen Rechtsbruchs, womit sich auch der Nachvollzug durch die Schweiz zwingend aufdrängte.

Dass der irakische Botschafter in Bern danach von einem aggressiven Akt sprach, konnte kaum überraschen. Und seine Argumentation, der Entscheid des Bundesrats widerspreche angesichts der klaren Ablehnung eines UNO-Beitritts dem Volkswillen, gehört mit ins Bild der etwas speziell gearteten Dialektik solcher Diktaturen. Hingegen drängt sich in diesem Zusammenhang die Frage auf, wie sich die Situation für die Schweiz dargeboten hätte, wenn unsere diplomatische Vertretung in Bagdad — wie gegenwärtig in Teheran — mit einem Mandat der Guten Dienste betraut gewesen wäre.

Darauf angesprochen, vertrat ein Experte des Departements die Ansicht, dies hätte die Beschlussfassung des Bundesrats nicht ernsthaft beeinflusst.

Allenfalls wäre es dann Sache der betreffenden Regierung gewesen, die Weiterführung der Interessenwahrung für einen Drittstaat mit dem schweizerischen Sanktionsentscheid als unvereinbar zu erklären.

Immerhin wird damit aber deutlich, dass selbst in einem so «klaren» Fall wie der Iraksanktion wenn nicht neutralitätsrechtliche, so doch neutralitätspolitische Probleme auftreten können. Denkt man nämlich die Fragestellung konsequent zu Ende, dann lässt sich eine gewisse Beeinträchtigung der Disponibilität für «Gute Dienste» zumindest nicht ausschliessen, und zwar gerade weil wir neutral sind. Denn im Gegensatz zu anderen kleineren Staaten mit Mittlerrollen müssen wir uns in solchen Situationen ausdrücklich artikulieren, während UNO-Mitglieder dazu keinen Anlass haben. Damit aber wären wir — um beim aktuellen Beispiel zu bleiben — im Falle eines Mandats der Interessenwahrung in Bagdad in einem Masse exponiert gewesen, das wohl nicht ohne psychologisch-klimatische Auswirkungen geblieben wäre.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Bundesrat mit seinem Irakentscheid in gewissem Sinn neutralitätspolitisches Neuland betreten hat, dass dieser aber weder ein progressiver Schritt rechtlicher, noch eine Mutprobe politischer Art gewesen ist. So oder so ist die ganze Problematik symptomatisch für die gegenwärtige Position der Schweiz in Europa und in der Welt: Das Koordinatensystem, in dem sich unsere Neutralitätspolitik bisher bewegt hat, ist in voller Auflösung begriffen. Auch in diesem Bereich werden wir mit anderen Worten nicht um ein Überdenken sämtlicher Prämissen und Leitlinien herumkommen.

*Richard Reich*

## Eine Eurofed?

In den Perspektiven der europäischen Integration steht bekanntlich auch die Bildung einer Währungsunion, die Vereinheitlichung und Zusammenfügung der Währungssysteme sowie der Währungspolitik, die Etablierung einer europäischen Notenbank, wobei als Denkmuster die «föderalistisch» strukturierte Währungsbehörde der Vereinigten Staaten, des Federal Reserve Board (Fed) dient. Wer vom politischen Enthusiasmus des mit erfolgsbeflügelnden Energien vollgepumpten europäischen Einigungsprozesses mitgerissen wird, wer stets das hohe Ziel der europäischen Einigung wie eine Monstranz vor sich herträgt und sich deshalb die Begeisterung für das «Neue Europa» nicht durch ökonomischen «Kleinkram» verderben lassen will, der wird wohl ohne grosse Vorbehalte einverstanden sein, dass das «Neue Europa» auch eine *eigene Währung* braucht, hat doch die Geschichte in ausreichendem Masse bestätigt, dass bei der Bildung nationaler Identitäten die Währung, allerdings eine starke und weltweit begehrte Währung, keine geringe Rolle gespielt hat. Die DM beispielsweise ist zu einem Markenzeichen für Stabilität und Leistungskraft, für ökonomische Potenz und wirtschaftliche Dynamik geworden, die deshalb auch mancherlei politische Einflussmöglichkeiten abstrahlt. Auf die DM sind die Bürger der BRD stolz, weil sie Verlässlichkeit und Vertrauen, zumindest in wirtschaftlichen Dingen, die aber bekanntlich von der Politik nie völlig zu trennen sind, signalisiert. Ein Land ohne eigene Währung kann kaum jemals erwachsen werden. Und ein Land mit einer schwachen und serbelen-

den Währung legt coram publico wirtschaftliche Inkompetenz und Sanierungsbedürftigkeit offen; es muss mit sinkendem Respekt rechnen. Weshalb sollte das, was die Geschichte für Einzelstaaten als gültig erklärt hat, nicht auch für eine Völkergemeinschaft zutreffend sein, die sich anschickt, zusammenzuwachsen und nationale Grenzen zu überwinden? Politiker, die die europäische Einigung als Chance betrachten — und das ist sie ja auch zweifellos —, treten deshalb ohne grosse Vorbehalte auch für eine *Währungsunion* ein. Die kritischen Überlegungen kommen denn auch in erster Linie aus der ökonomischen Ecke.

Und in der Tat: durch die Adern der monetären Politik fliesst ein ganz besonderer Saft. Die nationalen Unterschiede beginnen schon bei der Formulierung der «letzten» Zielsetzung und der Konsequenz, mit der diese verfolgt wird, nämlich der Sicherstellung eines *stabilen Geldwertes*. Die unterschiedlichen Inflationsraten, die in den einzelnen EG-Ländern zu beobachten sind, deuten nicht nur auf die Existenz von nicht deckungsgleichen Zielinterpretationen hin; sie sind auch Ausdruck davon, dass die Währungspolitik sehr direkt mit der Geldpolitik und der Finanzpolitik verzahnt ist, die ebenfalls, vornehm ausgedrückt, nationale Besonderheiten aufweisen. Die Geldpolitik ist auf Dauer nicht in der Lage, die Sünden der Finanzpolitik, insbesondere der Haushaltspolitik, ungeschehen zu machen. Die Währungspolitik setzt, mit andern Worten, auch eine einigermaßen harmonisierte Geld- und Finanzpolitik voraus. Und die Erfahrung lehrt mit seltener Eindrück-

lichkeit, dass das Stabilitätsziel angereichert nur unter der Voraussetzung einer völlig *unabhängigen Notenbank* zu erreichen ist, so wie dies etwa in der BRD oder in der Schweiz der Fall ist. Eine weisungsabhängige Notenbank steht stabilitätspolitisch auf verlorenem Posten. Und wenn in diesem Kontext der Blick etwa auf Frankreich gerichtet wird, so sind Zweifel daran erlaubt, dass es gelingen könnte, dieses Erfordernis in einer «Eurofed» zu erfüllen. Auch die Überlegungen, die zu diesem Thema in der EG-Kommission angestellt werden, stimmen nicht unbedingt zuversichtlich; jedenfalls wird nicht an eine integrale Autonomie gedacht. Diese Lage ist um so bedenklicher, als die Währungsunion mit einem praktisch vollständigen Verlust der geldpolitischen Autonomie der nationalen Notenbanken verbunden wäre, also der Stabilitätsdruck der DM, der in die EG hineinwirkt, auf dem Einigungsalter geopfert würde. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Befürchtung, die EG könnte sich über die «Eurofed» zu einer *Inflationsgemeinschaft* wandeln, mehr und mehr zu vernehmen ist.

Was könnte denn getan werden, um dem Stabilitätsziel auch im «Neuen Europa» die erste Priorität zu bewahren, wenn davon ausgegangen wird, dass institutionelle Arrangements in der «Eurofed» kaum ausreichen werden, um das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte in eine stabilitätskonforme Wirtschaftspolitik zu fördern und auf Dauer zu erhalten? Es gäbe einen vielversprechenden Weg, der allerdings nur

den «kleinen» Nachteil hat, dass er integrationspolitisch keinen allzu grossen Sex-Appeal aufweist, nämlich auf die «Eurofed» überhaupt zu verzichten und die Stabilität *dem Wettbewerb der nationalen Geldsysteme* zu überlassen, also den Wirtschaftssubjekten die Wahl zu überlassen, in welcher Währung sie ihre Transaktionen abwickeln wollen. Es ist davon auszugehen, dass sie für die stabilste Währung optieren werden. Es entstünde ein institutioneller Druck, dem Stabilitätsziel auch auf nationaler Ebene Nachachtung zu verschaffen.

Es ist sicher zutreffend, dass flexible Wechselkurse die nationalen Geldpolitiken von der Wirtschaftspolitik der Partnerländer nicht völlig unabhängig machen, wie das die Ökonomen einst glaubten annehmen zu können. Aber ebenso zutreffend ist die auf die Erfahrung abgestützte Erkenntnis, dass flexible Wechselkurse den Vorteil besitzen, den nationalen Geldpolitiken noch immer einen nicht zu unterschätzenden autonomen Handlungsspielraum für die Verwirklichung von Stabilitätszielen zu offerieren. Und dies ist, gemessen an der Alternative der «Eurofed», nicht wenig, weil sie eben grundsätzlich in der Lage wären, unmittelbar in die Wirtschaften der EG-Länder hineinzuwirken. Die interessierten Zeitgenossen blicken deshalb in dieser Frage mit einiger Aufmerksamkeit nach Bonn (und nach London), weil die BDR wohl das grösste Interesse hat, die Gemeinschaft nicht vom Stabilitätsdruck der DM zu befreien

Willy Linder



## Eine Razzia und die Folgen

*«Man kann in der Politik die Zukunft kaum über vierundzwanzig Stunden hinaus übersehen.»*

Bismarck im Reichstag, 3. Dezember 1884

Saddam Hussein hatte den von ihm begonnenen Krieg gegen Iran nach acht Jahren wenigstens nicht verloren. Er hatte nicht gemeint, einen Stärkeren anzugreifen, sondern alte Forderungen auf umstrittene Gebiete gegen einen durch den Umsturz gelähmten Staat durchzusetzen. Die Emirate und das Königreich Saudi Arabien haben ihn unterstützt. Um die Milliardenschuld gegenüber Kuwait loszuwerden, wendete der Führer des von Ost und West hochgerüsteten Staates ein probates Mittel an: er annektierte den Gläubiger und holte zwar nicht die im Ausland blockierten Gelder, konnte jedoch in Vollzug der brüderlichen Annexion mindestens drei Milliarden Dollar ergattern.

Irak blickt — mit Unterbrechungen — auf den ältesten Kulturstaat zurück, zu dessen Herrschern auch der glücklose Belsazar gehört hat. Kuwait kannte nur 29 Jahre der Souveränität und hat zuerst den Anschluss an den Irak erstrebt. Doch gescheiterte Zusammenschlüsse sind in der arabischen Welt an der Tagesordnung. Mit wem allem hat Gadhaffi schon Vereinigung gefeiert, die schnell zerbrach? Ein Vergleich mit europäischen Nationen passt nicht in diese Region.

Vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen legitimiert, haben die Vereinigten Staaten wie vor 40 Jahren im Koreakrieg die Durchführung des Auftrags übernommen. Zwar haben Wirtschaftssanktionen bisher noch nie

einen Konflikt entschieden, sie treffen aber in diesem Fall einen verwundbaren Staat der Städte und der Wüste.

Seit der Machtergreifung Chomeinis in Iran galt der schiitische Fundamentalismus im Westen als die grösste Gefahr. Der sunnitische Führer des mehrheitlich schiitischen Irak hat viele schiitische Geistliche liquidiert. Die Staatspartei Baath — auf sie stützt sich auch Assad in Syrien — ist jedenfalls nicht «islamistisch». Irak galt als der im westlichen Sinn fortschrittlichere Staat.

Der Griff einer «proletarischen» Nation auf die Reichtümer archaischer Feudalregimes reichte weit genug, um Saudiarabien zu bedrohen. Was zählten Zusicherungen, wie sie auch Kuwait gegeben worden waren?

Doch erstmals konnte keine Supermacht gegen eine andere ausgespielt werden. Was die Mitglieder der EG materiell beigetragen haben, ist bescheiden. Die Frage, wie weit sie überhaupt mitmachten, stellte sich von Fall zu Fall anders. Es gibt keine politische Macht ohne Verteidigung; die EG ist ein Markt. Unter diesen Umständen ist das erreichte Mass an Solidarität noch zu rühmen, der sich auch die Schweiz nicht entzog.

Einst hatte Nasser die arabische Welt geeinigt, die den Ägypter als gemeinsamen Führer anerkannte. Das blieb Saddam Hussein, der in seiner Not das Gleiche erhoffte, versagt. Nie war die arabische Liga so gespalten; auch ihre Untereinheiten wie die Nordafrikas

einigten sich auf keine gemeinsame Politik. Mit Pakistan und Indonesien versagt auch der nichtarabische Islam dem Irak jede Solidarität. Ägypten wurde nach dem Friedensschluss mit Israel in Acht und Bann getan, dann wiederum aufgenommen und schliesslich zum Sitz der Liga bestimmt. Mubarak ist heute der angesehenste Staatsmann der arabischen Welt; anders als in Jordanien und in Israels besetzten Gebieten ist hier Saddam kein Idol der Massen.

Dass Präsident Bush die Bürde der Verteidigung übernommen hat, wird auch jenen Europäern passen, die am

stärksten auf der europäischen Unabhängigkeit bestehen. Dass die arabische Welt sich mehrheitlich von der Razzia distanziert hat, ist kein Beweis unheilvoller Zerstrittenheit, sondern eher der Reife. Doch vergessen wir nicht, dass westliche Militärpräsenz und westlicher Beifall in dieser Region von keinem geschätzt wird. Auch hat die neue Freundschaft mit Syriens Assad und die Abkehr vom Irak nichts mit Menschenrechten oder mit Demokratie zu tun. Niemand weiss, wie nach dem nächsten Schütteln des Kaleidoskops der Nahe Osten aussehen wird.

*François Bondy*

## «BRUGG» – Engineering Total



Vieles funktioniert ganz selbstverständlich. Dahinter steht vielfach Engineering von BRUGG. Unsere Kabelsysteme für Energie- und Nachrichtenübertragung, Drahtseile, Steinschlag- und Lawinenüberbauungen, Fernwärme-Rohrleitungssysteme, helfen heute und in Zukunft, dass sich die Dinge bewegen. Schweizweit – Weltweit.

**BRUGG**

**BRUGG KABEL AG**

5200 Brugg · Telefon 056 48 31 31  
Fax 056 42 28 41